

MM 09.04.2014

Verkehrsbelastung treibt Bürger um

Keine Geduld mehr: In Forstenried und Solln liegen die Nerven blank

Die Verkehrsbelastung im Münchner Süden war das beherrschende Thema bei der Bürgerversammlung für den 19. Stadtbezirk (Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln). Der Ruf nach einer Entlastung der im Stadtteil lebenden Menschen wird immer lauter. In mehreren Anträgen wurden alte Forderungen untermauert und neue auf den Weg gebracht.

Die Stadt bereitet seit längerem ein Verkehrskonzept für den Stadtteil vor. Im März 2013 hatte die Regierung von Oberbayern den Planfeststellungsantrag für die Verlängerung der Stäblistraße abgelehnt. Kurz danach beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit einem „verkehrspolitischen Gesamtkonzept“ für den 19. Stadtbezirk (wir berichteten). Ende vergangenen Jahres hätte es vorgelegt werden sollen. „Es wurde nicht fristgerecht fertig“, bedauerte der Bezirksausschussvorsitzende Hans Bauer (SPD) bei der Bürgerversammlung vor knapp 400 Besuchern. Die bisherigen Rechenmodelle seien angezweifelt worden, deshalb gebe es nun neue Verkehrszählungen sowie Befragungen. Die

nächste startet im Mai. Anschließend, im Sommer, ist eine Bürgerwerkstatt zu dem Thema geplant – „um Lösungen zu finden“, so Bauer.

Doch viele Bürger sind mit ihrer Geduld am Ende. In einigen Anträgen wurde erneut gefordert, die Aufstufung des Straßenzuges Stäblistraße-Lochhamer Straße-Siemensallee zur Staatsstraße zurückzunehmen. Die Trasse war im Vorfeld des Durchstich-Projekts umgewidmet worden. „In der Beibehaltung als Staatsstraße liegt auch eines der größten Gefährdungspotentiale für den Fortbestand des Ensembleschutzes für den Ortskern Forstenrieds“, warnte Herta Meinl, die einen Antrag der Bürgerinitiative Forstenried und des Historischen Vereins Forstenried vortrug. Es gebe nichts, was die Klassifizierung rechtfertige: „Der Straßenzug hat keinesfalls die behauptete Bedeutung innerhalb des überörtlichen Verkehrsnetzes.“ Anke Sponer bemängelte dies ebenfalls: „Es fehlen die ordnungsgemäßen verwaltungsrechtlichen Nachweise für das Festhalten an der Aufstufung.“ Zudem wurden Zweifel laut, ob das verkehrs-

politische Gesamtkonzept umfassend genug sein wird: „Es muss die Verkehrsentslastung im gesamten Stadtbezirk sichergestellt werden“, mahnte Sponer an. Also dürfe nicht nur der von Südost in Richtung Nordwest rollende Verkehr unter die Lupe genommen werden, sondern es müssten alle möglichen Routen und Richtungen untersucht werden.

Sponer beantragte außerdem Tempo-30-Zonen oder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 in den reinen Wohngebieten an der Herterich-, der Hofbrunnstraße und der Lochhamer Straße sowie eine Durchfahrtsbeschränkung für Schwerverkehr über 7,5 Tonnen. Auch an anderer Stelle sollen LKW stärker ausgebremst werden: Harald Kraut von der BI Forstenried verwies auf Bürgerempfehlungen und BA-Anträge der vergangenen Jahre. Er beantragte eine verbesserte Ausschilderung zur Sperrung der Liesl-Karlstadt-Straße für den Schwerverkehr über 7,5 Tonnen in westlicher Richtung. Alle Anträge wurden mit deutlicher Mehrheit angenommen. **BRIGITTA WENNINGER**